

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a. Kollermann gemäß § 32 LGO 2001

betreffend „Verkehrskonzept für Niederösterreich im Lichte dringend benötigter Klimaschutzmaßnahmen“

Derzeit besteht ein window of opportunity für Investitionen in ökologisch und gesellschaftspolitisch sinnvolle Infrastruktur. Ein Bekenntnis der Bundesregierung zum Ausbau der Bahn liegt vor, Milliardeninvestitionen wurden angekündigt. Auch LR Schleritzko spricht sich für den Ausbau der Bahn aus.

So ist einer offiziellen Aussendung von ihm zu entnehmen:

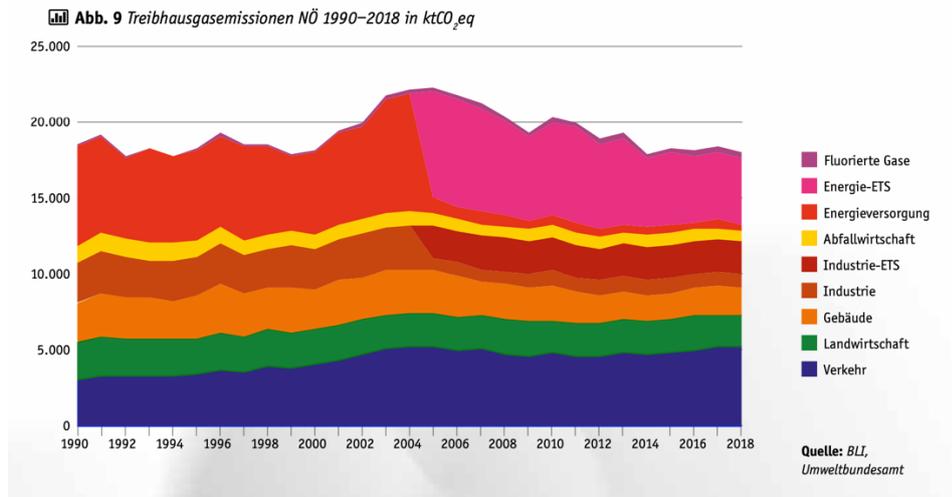
„Die Regionalbahnen sind das Rückgrat des Mobilitätsangebots in Niederösterreich. Gemeinsam mit der flächendeckenden Versorgung durch das Regionalbussystem gelingt es uns beinahe für das gesamte Bundesland zumindest einen Stundentakt im Öffentlichen Verkehr zu bieten (...)“

Gleichzeitig werden aber Nebenbahnen stillgelegt (z.B. Schweinbarther Kreuz und Waidhofen an der Ybbs) mit der Begründung, die Auslastung wäre nicht vorhanden. Beim Schweinbarther Kreuz wird ein Busverkehr eingeführt, der nach Wahrnehmung von lokalen Bürger_inneninitiativen als extrem belastend empfunden wird und zudem schon gar keine Auslastung hat, weil Pendler statt mit dem Bus zu fahren, dann gleich auf Individualverkehr umsteigen. Ein eindrucksvolles Beispiel von "gut gemeint". Die höherwertige Straße im Waldviertel ("Waldviertel-Autobahn") wird wie eine heiße Kartoffel zwischen Land und Bund hin- und hergeschoben und wir erinnern uns noch alle um die Aufregung bei der Trassenverlegung der S8. Insgesamt lässt sich - niederösterreichweit - kein einheitliches Vorgehen und schon gar keine transparente Planungslage erkennen.

Dabei muss auch hier gelten:

- Evidenz und Transparenz in der Ausarbeitung: die Bevölkerung muss wissen, was für die jeweilige Region geplant ist.
- realistische Prognoserechnungen nach neuesten demographischen Erkenntnissen.
- Evaluierung der bestehenden Verbindungen hinsichtlich Modernisierungsbedarf.
- Angebot schafft Nachfrage (ein attraktiveres Angebot schafft mehr Nachfrage als veraltete Wagons und zu wenig abgestimmte Taktungen).
- Kostenwahrheit (gesamtgesellschaftliche Kosten sind zu berücksichtigen, nicht isoliert der Bahnbetrieb).

Und wenn wir heute, am 17.12.2020, den Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2020 zur Kenntnisnahme vorgelegt bekommen, zeigt ein Blick in eben diesen Bericht, welchen weiten Weg wir hier noch vor uns haben. So sind die Treibhausgasemissionen, die dem Verkehr zurechenbar sind, gerade einmal auf dem Niveau von 2004 - Verbesserungen oder gar ein wesentlicher Abwärtstrend, der dazu beitragen würde, die Klimaziele zu erreichen, lässt sich - wider den Sonntagsreden der Landesregierung - aber beim besten Willen nicht erkennen.



Wenn wir in den nächsten Jahren einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig eine gute Anbindung des ländlichen Raums an die Zentren wollen, ist die Bahn immer noch ein großes Thema, meist sogar das Mittel der Wahl.

Anstatt nun einen Fleckerlteppich von Maßnahmen und Teilstücken zu haben, brauchen wir ein strategisches NÖ Öffi-Ausbaukonzept. Da die ÖBB sehr langfristige Projekte mit dem Bund und den Ländern unterhält, ist hier zögerliches Verhalten ausgesprochen hinderlich, wenn es darum geht, für alle Niederösterreicher_innen eine Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz sicherzustellen.

Evidenz und Transparenz, Angebot und Nachfrage sowie Kostenwahrheit sind insgesamt allen Aktivitäten voranzustellen, um der betroffenen Bevölkerung und damit Niederösterreich eine Perspektive für nachhaltige Mobilität zu geben.

Die Gefertigte stellt daher den

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung, insbesondere Landesrat Schleritzko wird - im Sinne der Antragsbegründung - aufgefordert, dem hohen Landtag und der niederösterreichischen Bevölkerung ein umfassendes, die dringenden Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele berücksichtigendes Verkehrskonzept für das gesamte Bundesland Niederösterreich vorzulegen. Dabei ist besonders darauf Bedacht zu nehmen, dass Evidenz und Transparenz in jeder Projektphase vollumfänglich gegeben sind.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Verkehrs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.